



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

14. August 2023

## Äthiopien

### Sicherheitssituation in Amhara

Nach Ausrufung des Ausnahmezustands in Amhara (vgl. BN v. 07.08.23) sollen Regierungstruppen die Kontrolle über die zuvor von der Fano-Miliz eingenommen Städte Gondar und Lalibela zurückgewonnen haben. Die Regierung verhängte für die von den Auseinandersetzungen betroffenen Gebiete eine Ausgangssperre bis zum 23.08.23. Offizielle Zahlen zu Todesopfern liegen bisher nicht vor – Betroffene sprechen von mindestens 20 getöteten Zivilpersonen seit Ausbruch der erneuten Zusammenstöße. Weiterhin soll es zu zahlreichen Festnahmen ethnischer Amhara und Journalistinnen und Journalisten gekommen sein, die über die Situation in Amhara berichteten. Ethiopian Airlines soll derweil den Flugbetrieb nach Amhara wiederaufgenommen haben.

### Vorgehen gegen LGBTIQ-Gemeinschaft

Berichten zufolge würde die Regierung v.a. in Addis Abeba Razzien in Hotels, Bars und anderen Einrichtungen durchführen, die unter dem Verdacht stehen, homosexuelle Handlungen zu unterstützen. Die Regierung rief die Bevölkerung dazu auf, Hinweise auf homosexuelle Handlungen oder Einrichtungen, die diese unterstützen, der Polizei zu melden. Homosexualität ist in Äthiopien verboten, das Strafgesetzbuch sieht bei einer Verurteilung eine bis zu 15-jährige Haftstrafe vor. Menschenrechtsgruppen berichteten bereits von vermehrten Angriffen auf LGBTIQ-Personen.

## Afghanistan

### Sicherheitslage

Am 07.08. und 08.08.23 haben die Nationale Widerstandsfront (NRF) und die Afghanistan Freiheitsfront (AFF) in der Provinz Badakhshan nach eigenen Angaben insgesamt drei Talibankämpfer getötet und vier weitere verletzt. Die NRF meldete auch Verluste auf der eigenen Seite. Am 12.08.23 hat die AFF in der Provinz Baghlan nach eigenen Angaben insgesamt zwei Talibankämpfer getötet und vier weitere verletzt.

### Verfolgungslage

Die Taliban ließen laut Meldung vom 12.08.23 neun Personen, darunter eine Frau, in den Provinzen Faryab, Jowzjan und Nangarhar wegen moralischer Korruption öffentlich auspeitschen. Laut einem Report der NGO Rawadari vom selben Tag sind in den letzten sechs Monaten mindestens 10 Personen an den Folgen schwerer Folter in Taliban-Gefängnissen gestorben. In den Provinzen Takhar und Badakhshan haben laut Meldung vom 12.08.23 Frauen und Mädchen öffentlich für die Aufhebung des Doha-Abkommens zwischen den Taliban und den Vereinigten Staaten von Amerika protestiert. Es gab keine Berichte über die Reaktion der Taliban auf die Proteste.

Laut Berichten des Exilmediums Hasht-e Subh vom 10.08.23 haben die Taliban nach der Ermordung des Geheimdienstleiters der Taliban im Bezirk Khaja Omari (Provinz Ghazni) mindestens 40 Zivilpersonen festgenommen und gefoltert.

Laut Berichten von Hasht-e Subh vom 09.08.23 wurden seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 mindestens 30 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte von den Taliban oder ehemaligen verurteilten Straftätern ermordet und elf weitere verletzt.

Laut Meldung vom 08.08.23 haben die Taliban in den vergangenen zwei Monaten mindestens 50 Angestellte einer privaten Sicherheitsfirma in der Provinz Panjshir wegen Waffenbesitz verhaftet und teilweise gefoltert. Es wird vermutet, dass die Verhaftungen in Zusammenhang mit Aktivitäten der NRF stehen. Am gleichen Tag wurde gemeldet, dass ein Kommandeur der ehemaligen Armee in der Provinz Sar-e Pul von Unbekannten erschossen wurde. Er war nach der Machtübernahme der Taliban in den Iran geflohen und kürzlich nach Afghanistan zurückgekehrt.

Am 07.08.23 haben die Taliban in der Provinz Takhar acht Männer und zwei Frauen unter Anschuldigung von „moralischer Korruption“ (bspw. Ehebruch) verhaftet.

### **Regierungsgeschäfte**

Das Afghanistan Journalists Center (AFJC) berichtet, dass lokale Taliban-Beamte in der Provinz Nangarhar den Betrieb von zwei weiteren Radiosendern verboten haben, nachdem sie zuvor bereits den Sender Hamesha Bahar Radio and Television in der Stadt Jalalabad blockiert hatten (vgl. BN v. 07.08.23).

Eine von den USA beauftragte Prüfung der afghanischen Zentralbank (Da Afghanistan Bank) hat ergeben, dass die Bank Maßnahmen ergreifen muss, die ihre Unabhängigkeit von der Regierung und Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sicherstellen. Nur dann könnten in den USA eingefrorene Gelder an die Da Afghanistan Bank übergeben werden.

### **Wirtschaftliche Lage**

Nach Angaben der Taliban war aufgrund der Klimabedingungen die Traubenernte in der Provinz Herat dieses Jahr um 30 % geringer als 2022.

## **Angola**

### **Polizeigewalt gegen regierungskritische Personen; soziale Unzufriedenheit**

Laut einem Bericht von HRW vom 07.08.23, der auf Interviews mit betroffenen oder verantwortlichen Personen beruht, sollen seit Januar 2023 angolische Sicherheitskräfte mindestens 15 außergerichtliche Tötungen vorgenommen sowie zahlreiche andere schwere Übergriffe und willkürliche Inhaftierungen verübt haben. Die Tötungen, Angriffe und Inhaftierungen würden vornehmlich an regierungskritischen Personen verübt.

Angolas Sicherheitskräfte würden bereits seit Jahrzehnten gegen die Grundrechte auf das Leben, die freie Meinungsäußerung sowie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit verstoßen, obwohl sich der Staat in der Verfassung und internationalen Verträgen zum Schutz dieser Rechte verpflichtet hat.

Große Teile der angolischen Bevölkerung sind unzufrieden mit der Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und der instabilen Wirtschaft im Land. Erst am 05.08.23 hat die Hauptoppositionspartei UNITA eine Kundgebung in der Hauptstadt Luanda organisiert, bei der tausende Menschen den Rücktritt von Präsident João Lourenço (MPLA) forderten.

## **Bangladesch**

### **Kabinett billigt Entwurf für neues Cybersicherheitsgesetz**

Am 07.08.23 hat das Kabinett den Entwurf für das neue Cybersicherheitsgesetz, das den in der Kritik stehenden Digital Security Act (DSA) ersetzen soll, grundsätzlich gebilligt und an die Legislativabteilung zur weiteren Prüfung weitergeleitet. Laut Aussage des Justizministers werde das neue Gesetz fast alle Bestimmungen des DSA von 2018 mit einigen Änderungen beibehalten. Allerdings sollen die Strafen im neuen Gesetz abgemildert werden. So soll z.B. Kautions auch für Straftatbestände bestehen, für die der DSA diese Möglichkeit bisher nicht vorsieht. Der Tatbestand der Verleumdung soll nicht mehr mit Freiheitsstrafen, sondern nur noch mit Geldstrafen bewehrt sein.

Trotzdem kritisiert die Opposition den geplanten Cyber Security Act (CSA), da die Tatbestände nahezu identisch definiert seien und das neue Gesetz nahezu inhaltsgleich sein werde. Die vom UNHCR und anderen Organisationen vorgebrachten Bedenken gegenüber dem DSA fänden im Gesetzesentwurf zum CSA keine Berücksichtigung.

### **Anführer und Mitglieder der Jamaat-e-Islami festgenommen**

Am 12.08.23 wurden 13 Anführer und Mitglieder der islamistischen Partei Bangladesh Jamaat-e-Islami in Faridpur wegen mutmaßlicher Anschlagsplanung festgenommen sowie dschihadistische Literatur und Sprengstoff sichergestellt.

### **Hohe Kriminalitätsbelastung in Rohingya-Flüchtlingslagern in Cox's Bazar**

Laut Angaben der Justizbehörden ist die Kriminalitätsbelastung in den Rohingya-Flüchtlingslagern in Cox's Bazar hoch, insbesondere die Drogenkriminalität sei besorgniserregend. Gegenwärtig sind in Cox's Bazar mehr als 10.000 entsprechende Verfahren anhängig. In Cox's Bazar ereignen sich außerdem die meisten Tötungsdelikte im Land. Laut Medienberichten vom 14.08.23 wurden in Cox's Bazar 34 Rohingyas, zumeist Kinder, aus der Gewalt von Menschenhändlern befreit. Zwei mutmaßliche Menschenhändler wurden festgenommen. Unter den Befreiten befanden sich 16 Kinder im Alter von einem bis fünf Jahren, zehn Frauen und acht Männer.

## **Ecuador**

### **Sicherheitslage: Gewalt vor vorgezogenen Wahlen, Kandidat getötet, erneuter Ausnahmezustand verhängt**

Am 09.08.23 ist der Präsidentschaftskandidat Fernando Villavicencio (Movimiento Construye) bei einer Wahlkampfveranstaltung im Norden von Quito bei einem Anschlag getötet worden. Einer der Attentäter erlag nach einem Schusswechsel mit der Polizei seinen Verletzungen, mindestens neun Menschen sind verletzt worden. Laut Polizeiangaben sind sechs, mutmaßlich kolumbianische und zu kriminellen Gruppierungen gehörende Personen festgenommen worden. Staatspräsident Lasso hat erneut den Ausnahmezustand verhängt. Villavicencio hatte sowohl als Journalist als auch während seiner Kampagne stets die Korruption im Land sowie die zunehmende Macht des organisierten Verbrechens kritisiert. Die für den 20.08.23 angesetzten, vorgezogenen Wahlen sollen dennoch unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen stattfinden.

Die Kriminalität im Land hat stark zugenommen, was laut Regierungsangaben u.a. mit Auseinandersetzungen krimineller Gruppierungen um Einflussbereiche im Drogenhandel zusammenhänge. Im ersten Halbjahr ereigneten sich Medienberichten zufolge unter Berufung auf Polizeistatistiken etwa 3.500 gewaltsame Todesfälle, fast die Hälfte in der Hafenstadt Guayaquil. Bereits Ende Juli 2023 war der Bürgermeister der Stadt Manta getötet worden, im Mai 2023 hatte es einen Anschlagsversuch auf den Bürgermeister der Stadt Duran gegeben. Auch in den Gefängnissen kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Todesfällen.

## **Gambia**

### **Anklagen wegen unerlaubter Versammlung mit Senegal-Bezug**

Laut Medienbericht bestätigte die gambische Polizei die Anklage gegen insgesamt neun Anhängerinnen und Anhänger des senegalesischen Oppositionsführers Ousmane Sonko wegen unerlaubter Versammlung. Die Angeklagten seien inzwischen gegen Kautionsfreilassung freigelassen worden. Sie wurden vergangene Woche fest- und in Polizeihaft genommen, als sie am Rande der Eröffnung einer vom senegalischen Staat finanzierten Schule mit dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall gegen die Festnahme Sonkos und das Verbot seiner Partei protestiert hatten und mit Sall-Sympathisierenden aneinandergeraten waren (vgl. BN v. 07.08.23).

### **Beschäftigungs- und Arbeitssituation; Geschlechterungleichheiten im Erwerbsleben**

Unter Berufung auf die Arbeitskräfteerhebung 2022-2023 der gambischen Regierung berichteten Medien, dass die Erwerbsquote der Bevölkerung im Erwerbsalter mit rd. 44 % angegeben wird. Die Erwerbsquote sei im ländlichen Raum deutlich niedriger als in städtischen Gebieten und die der Männer läge in allen Altersgruppen über der der Frauen. Frauen würden mehr als die Hälfte der Nichterwerbsbevölkerung bilden. Die Nichterwerbstätigkeit bei Frauen sei z.B. auf die Erfüllung häuslicher und familiärer Pflichten zurückzuführen.

Der Anteil der informellen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung mache rd. 63 % aus. Der Großteil der jungen Menschen nicht näher bezeichneter Altersgruppen würden informell arbeiten (84 %), mehrheitlich als Selbständige. Im informellen Sektor seien junge Frauen schlechter gestellt als junge Männer. Nähere Angaben wurden hierzu nicht gemacht. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen sei dreimal so hoch wie die der Erwachsenen, auch ihre Erwerbsquote läge deutlich unter der der Erwachsenen. Sie hätten Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt und hochwertige Arbeitsplätze zu finden. 45 % der jungen Menschen seien weder in Beschäftigung noch in einer Schul- oder Berufsausbildung. Die Arbeitskräfteerhebung wurde in Zusammenarbeit mit Entwicklungspartnern und anderen durchgeführt, darunter das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

### **Prävalenz von Kinderarbeit**

Aus der vorbezeichneten Erhebung der Regierung folge weiter, dass Kinderarbeit ungeachtet des Geschlechts in ländlichen Gebieten (rd. 38 %) fast viermal so stark verbreitet sei wie in städtischen Gebieten (rd. 10 %). In Mansakonko, Kuntaur und Janjanbureh müsste fast die Hälfte (rd. 47 %) aller Kinder arbeiten.

Ältere Altersgruppen seien zudem mehr von Kinderarbeit betroffen. Während rd. 22 % der Kinder im Alter von fünf bis 14 Jahren Kinderarbeit verrichten müssten, seien es bei Kindern im Alter von 15 bis 17 Jahren rd. 29 %. Mehr als ein Drittel (rd. 36 %) der in ländlichen Gebieten lebenden Kinder im Alter von fünf bis 14 Jahren und fast die Hälfte (rd. 47 %) der Kinder im Alter von 15 bis 17 Jahren würden Kinderarbeit verrichten, schwerpunktmäßig im Landwirtschaftssektor. Kinder aller Altersgruppen, die Kinderarbeit leisten, seien jedoch mehrheitlich weiterhin in der Schule. Die Quote der rein arbeitenden Kinder sei im ländlichen Raum allerdings doppelt so hoch.

Es wird davon berichtet, dass kinderschutzrechtliche Vorschriften nicht effektiv durchgesetzt würden und Kinderarbeit in Gambia sozial akzeptiert sei (vgl. BN v. 12.12.22).

## **Guinea-Bissau**

### **Regierungsbildung nach Parlamentswahl**

Nach der Wahl vom 04.06.23, die über ein Jahr nach der Auflösung des Parlaments (Nationale Volksversammlung, ANP) durch Staatspräsident Umaro Sissoco Embaló (vgl. BN v. 23.05.22) erfolgte und in welcher die oppositionelle Koalition Aliança Inclusiva – Terra Ranka (PAI-Terra Ranka) die absolute Mehrheit der Mandate errang (vgl. BN v. 12.06.23) wurde am 08.08.23 mit Geraldo João Martins, einem ehemaligen hochrangigen Mitarbeiter der Weltbank, der neue Premierminister ernannt. Embalós Rivale und Anführer von PAI-Terra Ranka, Domingos Simões Pereira, war am 27.07.23 schließlich zum Präsidenten der ANP gewählt worden. Dank Vereinbarungen mit den Parteien Partido da Renovação Social (PRS) und Partido dos Trabalhadores Guineenses (PTG) stützt eine Zweidrittelmehrheit der ANP die neue Regierung, deren weitere Mitglieder am 13.08.23 ernannt wurden. Unter den 19 Ministerinnen und Ministern sowie 15 Staatssekretärinnen und -sekretären sind insgesamt neun Frauen, was Medienberichten zufolge nicht der Maßgabe eines Gesetzes aus 2018 entspricht, welches eine Mindestquote von 36 % vorschreibt.

Wie weiter berichtet wird, nominierte Embaló am 12.08.23 fünf Mitglieder der bisherigen Regierung als Beratende. U.a. wurde der ehemalige Premierminister Nuno Gomes Nabiam „Sonderberater des Präsidenten der Republik, mit den Rechten und Privilegien, die mit dem Amt des Premierministers verbunden sind“. Das semi-präsidentielle Regierungssystem des Landes tritt in eine Phase der Kohabitation. Die neue Regierung formulierte den Anspruch, die vier Jahre der Legislaturperiode zu bestehen. Premierminister Martins nannte als seine Prioritäten den für den Export wichtigen Sektor der Caju-Nüsse, die Kontrolle des Preisauftriebs bei Lebensmitteln, die öffentliche Gesundheit, den Zugang zu Trinkwasser sowie die Sicherstellung des bald beginnenden neuen Schuljahrs.

## **Indien**

### **Manipur: Ausgangs- und Internetsperren nach ethnisch motivierter Gewalteskalation**

Seit Mai 2023 wurden im nordöstlichen Bundesstaat Manipur mindestens 150 Menschen infolge ethnisch motivierter Gewalt getötet (vgl. BN v. 19.06.23). Soldaten aus anderen Landesteilen wurden zur Eindämmung der

Gewalt dort stationiert. In den meisten Teilen des Bundesstaates gelten noch immer Ausgangssperren und das Internet ist abgeschaltet.

### **Haryana: Gericht stoppt Abrissaktion von Gebäuden muslimischer Glaubenszugehöriger**

Am 07.08.23 ordnete das Obergericht des Bundesstaates Haryana den Stopp einer viertägigen Abrissaktion im Distrikt Nuh an. Es stelle sich die Frage, ob die Gebäude, die einer bestimmten Glaubensgemeinschaft gehören, unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung abgerissen werden können oder ob es sich bei der Aktion nicht um ein gezieltes Vorgehen gegen muslimische Glaubenszugehörige handele. Die in Haryana regierende hindunationalistische Bharatiya-Janata-Partei (BJP) ordnete nach einer interkonfessionellen Gewalteskalation an, Hunderte von Häusern, Geschäften und Wohnstätten in Nuh abzureißen. Nuh ist der einzige Distrikt in Haryana, der mehrheitlich von Musliminnen und Muslimen bewohnt wird. Zur Gewalteskalation kam es am 31.07.23, nachdem eine hinduistische Prozession der Organisation Vishwa Hindu Parishad angegriffen worden war, bei der sechs Menschen, darunter zwei Sicherheitskräfte, getötet wurden. Hinduradikale Gruppierungen riefen infolgedessen zum Boykott muslimischer Geschäfte und zum Ausschluss von Musliminnen und Muslimen aus Gemeinden auf.

## **Irak**

### **Türkei-PKK-Konflikt**

Am 09.08. und 10.08.23 kam es zu Gefechten zwischen türkischen Einheiten und der PKK in der Zap-Region in Dohuk. Dabei starben mindestens sechs türkische Soldaten. Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums wurden in darauffolgenden Luftschlägen mindestens vier Kämpfer der PKK getötet.

Am 09.08.23 kam es zu mindestens zwei Drohnenangriffen in der Provinz Sulaimaniyya, in einem Falle auf einen PKW auf der Hauptverbindungsstraße zwischen Sulaimaniyya und Dohuk, bei dem eine Person starb. Der zweite tötete laut Angaben der PKK einen Geheimdienstoffizier der PKK.

Am 11.08.23 kam es in Sulaimaniyya zu einem Drohnenschlag gegen einen PKW, bei dem mindestens zwei Personen starben. Bisher bekannte sich niemand dazu, den Drohnenangriff durchgeführt zu haben.

## **Iran**

### **Anschlag auf Shah-Cheragh-Schrein in Shiraz**

Ein Angreifer betrat am 13.08.23 den Schrein und eröffnete das Feuer mit einer automatischen Waffe. Es gelang ihm nur elf Schuss abzugeben, bevor er überwältigt wurde. Er tötete eine Person und verwundete drei weitere. Der Angreifer wurde festgenommen. Bereits am 26.10.22 hatte es einen Anschlag auf den Schrein gegeben, der ein wichtiges Pilgerzentrum in Iran ist. Damals waren 13 Menschen zu Tode gekommen.

### **Tödlicher Zwischenfall an der Grenze zu Irak**

Am 13.08.23 erschossen iranische Grenzwachter einen Kolbar an der Grenze zu Irak. Kolbars sind Händler, die meist zu Fuß Waren durch die unwegsamen Regionen der kurdischen Grenzregionen schmuggeln, um von den Preisunterschieden für verschiedene Warengruppen zwischen Iran und Irak zu profitieren. In den letzten Monaten kam es wiederholt zu derartigen Tötungen. Im Jahr 2022 wurden 33 Todesfälle gemeldet.

## **Jemen**

### **Mutmaßlicher AQAP-Angriff auf Südübergangsrat**

Am 10.08.23 kam es zu einer Explosion im Süden der Abjan-Provinz, bei der ein Kommandant und drei Soldaten einer mit dem Südübergangsrat verbündeten Miliz getötet wurden. Genaue Details wurden nicht bekannt gegeben. Mehrere Mitglieder des Südübergangsrates, die sich anonym dazu geäußert haben, sehen Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) als Verursacher der Explosion.

## Kenia

### **Kenianische Behörden richten Schutzseinrichtungen für Opfer des Menschenhandels ein**

Lokalen Presseberichten vom 09.08.2023 zufolge hat die kenianische Regierung mit der Einrichtung von Schutzobjekten für Betroffene des Menschenhandels begonnen. Ziel der Behörden sei es, den Opfern soziale und medizinische Hilfeleistungen anzubieten. Die Betroffenen sollen sich von ihren traumatischen Erlebnissen erholen und ihre Existenz wiederaufbauen. Zudem sollen die Menschenhändler strafrechtlich verfolgt werden. Die NGO Haart Kenya berichtete am 28.07.2023 in den Medien, dass das Durchschnittsalter der Überlebenden 26 Jahre beträgt und 85 % von ihnen weiblich sind. Laut Haart Kenya stammen die meisten Opfer aus der Küstenregion Kenias, gefolgt von Kakamega und Kiambu. Aktuelle Zahlen würden jedoch einen Anstieg in der Region Kisii zeigen.

## Libanon

### **Lage in Ain al-Hilwa**

Nachdem vorerst keine weiteren Feuergefechte gemeldet wurden, hat die Direktorin des UNRWA in Libanon am 12.08.23 eine erste Bestandsaufnahme der Folgen der Gewalteskalationen in Ain al-Hilwa abgegeben (vgl. BN v. 31.07. u. 07.08.23).

Demnach ist die Lage weiterhin angespannt und rd. die Hälfte des Lagers derzeit für das UN-Hilfswerk nicht zugänglich. Etwa 400 Häuser seien während der Kämpfe, die 13 Todesopfer gefordert haben, beschädigt worden. Die aufgrund der mangelnden Finanzierung stark eingeschränkten Hilfsleistungen des UNRWA können vorerst nur beschränkt wiederaufgenommen werden.

### **Feuergefecht in Kahale**

Am 10.08.23 kam es zu einem Feuergefecht in Kahale, einer mehrheitlich christlichen Stadt an der Verbindungsstraße zwischen Beirut und der Bekaa-Ebene. Ein LKW verunglückte und blieb auf der Seite liegen. Als Anwohner sich näherten, kam es zwischen den drei Insassen des LKWs und Anwohnern zunächst zu einem Wort- und dann zu einem Feuergefecht. Dabei starben einer der LKW-Insassen und ein Bewohner Kahales, mehrere weitere wurden verletzt.

Hintergrund ist, dass der LKW und seine Fahrer zur Hisbollah gehörten, der Ort Kahale ist eine Hochburg der Hisbollah feindlich gegenüberstehenden christlichen „Libanesischen Kräfte“. Die Armee schritt ein und stellte den LKW sicher. Dabei bestätigte die Hisbollah, dass der LKW ihr Eigentum und die Fahrer Mitglieder seien. Die Armee wiederum bestätigte, dass der LKW Munition geladen hatte. Von seiten der Politiker aller beteiligter Fraktionen wurde schnell zur Beruhigung der Lage aufgerufen.

## Montenegro

### **Auftrag zur Regierungsbildung an pro-europäischen Europe Now-Vorsitzenden**

Der montenegrinische Staatspräsident Jakov Milatovic hat laut aktuellen Medienberichten am 10.08.23 Milojko Spajic, den Vorsitzenden der zentristischen Bewegung Europe Now (SPE), mit der Bildung einer neuen Regierung betraut. Laut Verfassung hat der designierte Premierminister für die Regierungsbildung 90 Tage Zeit. Spajics pro-westliches und pro-europäisches Parteienbündnis Europe Now hatte im Juni 2023 die vorgezogenen Parlamentswahlen gewonnen (vgl. BN v. 19.06.23). Den vorausgegangenen Sondierungsgesprächen mit Staatspräsident Milatovic zufolge hatten insgesamt 44 der 81 Abgeordneten Spajic ihre Unterstützung zugesagt. An den nun folgenden Koalitionsverhandlungen sind Parteien der SPE-Koalition sowie die Partei Demokratisches Montenegro (DM), die pro-serbische Sozialistische Volkspartei und die Parteien bzw. Bürgerinitiativen ethnischer Minderheiten (Albaner, Bosniaken und Kroaten) beteiligt. Staatspräsident Milatovic betonte auf einer Pressekonferenz am 10.08.23, Montenegro benötige eine zügige Regierungsbildung sowie eine stabile, pro-europäische Regierung, die sich auf die Wirtschaft konzentriert und Justiz- und Wahlreformen einleitet.

## Niger

### Aktuelle Entwicklungen

Am 13.08.23 gaben die Putschisten bekannt, den gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum wegen „Hochverrats und Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit“ anklagen zu wollen. Kurz zuvor war eine Delegation islamischer Geistlicher aus Nigeria zu Vermittlungsgesprächen nach Niger gereist. Einer Delegation der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), der UN und der Afrikanischen Union (AU), die am 07.08.23 zu Verhandlungen nach Niger reisen wollte, war zuvor die Einreise verwehrt worden.

Währenddessen haben die ebenfalls von einer Militärregierung regierten Nachbarländer Burkina Faso und Mali in einem Schreiben den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, einen Militäreinsatz gegen die Putschisten in Niger zu verhindern. Auch Russland warnte vor einem militärischen Eingreifen in Niger.

Unklar war zudem die Lage des festgesetzten Präsidenten Mohamed Bazoum und seiner Familie. Bazoum, seine Frau und sein Sohn werden seit dem Militärputsch am 26.07.23 (vgl. BN v. 31.07.23) im Präsidentenpalast festgehalten. Bazoum hatte gegenüber verschiedenen Medien erklärt, er werde als „Geisel“ gefangen gehalten. Ihm und seiner Familie seien mehrere Tage lang Nahrung, Strom und medizinische Versorgung vorenthalten worden. Nach internationaler Kritik soll am 12.08.23 ein Arzt Bazoum und seine Familie aufgesucht haben, allen soll es soweit gut gehen.

## Nigeria

### Borno State: Militärschlag gegen Boko Haram

Truppen des nigerianischen Militärs haben am 04.08. und 05.08.23 im Rahmen der Operation Hadin Kai in Zusammenarbeit mit der Civilian Joint Task Force (CJTF) elf Boko Haram-Mitglieder am Rande des Sambisa-Waldes in der Local Government Area (LGA) Bama des Bundesstaates Borno getötet. Das geht aus einem Medienbericht hervor, der sich auf Angaben eines Experten für die Tschadsee-Region beruft. Das Militär habe ferner vier weitere Boko Haram-Mitglieder festgenommen und sechs ihrer Lager zerstört.

Außerdem haben die Truppen nach Angaben der nigerianischen Armee vom 10.08.23 einen mutmaßlichen Stützpunkt der Boko Haram in der LGA Konduga im selben Bundesstaat angegriffen und dabei zwei Boko Haram-Mitglieder getötet und Waffen sichergestellt. Ein Terrorist habe sich ergeben.

Medienberichten zufolge führt das Militär im Nordosten des Landes eine anhaltende Kampagne gegen mehrere militante und kriminelle Gruppen. Erfolgsmeldungen dieser Art sind keine Seltenheit (vgl. BN v. 30.01. u. 06.02.23). Die islamistischen Gruppierungen Boko Haram und Islamic State West Africa Province (ISWAP) gehen vor allem im Nordosten Nigerias seit Jahren mit Überfällen und anderen Gewalttaten gegen das Militär und die Zivilbevölkerung vor (vgl. BN v. 30.05.22 u. 27.03.23).

### Plateau State: Zahlreiche Todesopfer bei Angriffen

Laut Medienberichten haben bewaffnete Akteure am 10.08.23 zwei Ortschaften in der LGA Barkin Ladi des Bundesstaates Plateau angegriffen und dabei mindestens 20 Menschen getötet. Nach Einschätzung zivilgesellschaftlicher Gruppen sind ethnische Fulani-Hirten für die Taten verantwortlich. Zusammenstöße zwischen nicht-sesshaften Hirten und Ackerbau betreibenden Sesshaften waren in jüngerer Zeit keine Seltenheit. Hintergrund der Gewalttaten könnten Konflikte um Land-, Weide- und Wasserrechte sein. Die beteiligten Nichtsesshaften sind in der Regel muslimischen Glaubens sind und die Sesshaften oft Christinnen und Christen (vgl. BN v. 22.05.23).

Truppen der Operation Safe Haven sind Medienberichten zufolge entsandt worden, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Taten ereigneten sich trotz einer laufenden Militäroperation, die darauf abzielt, die Angriffe im Bundestaat Plateau einzudämmen, denen seit Mai 2023 Hunderte Menschen zum Opfer gefallen sind (vgl. BN v. 22.05., 26.06., 17.07. u. 24.07.23).

### Lagos: Kultgruppen töten in fünf Monaten über ein Dutzend Menschen

Einem Medienbericht vom 02.08.23 zufolge haben Kultgruppenmitglieder (engl.: cultists) in der Metropolregion Lagos im Zeitraum März bis Juli 2023 mindestens 15 Personen getötet.

Nigerianischen Kultgruppen gemeinsam sind u.a. Gewinnstreben, Gewaltbereitschaft, Initiationsriten und ein hierarchischer Organisationsaufbau. Kriminelle Kulte bezeichnende Begriffe werden in Medienmeldungen und Berichten nicht einheitlich verwendet. Angesichts der Vergangenheit mancher Gruppierungen als Studentenverbindungen zählt neben „cults“ (Kultgruppen) auch „confraternities“ (Bruderschaften) zu den gängigen Bezeichnungen. In der Berichterstattung wird der Begriff „cults“ z.T. so weit verstanden, dass sich zahlreiche nicht öffentlich agierende Organisationen mit hohem Loyalitätsbedürfnis darunter fassen lassen. Der nigerianische „Secret Cult and Similar Activities Prohibition Act, 2012“ enthält eine Dutzende Kultgruppen umfassende Verbotsliste. Daneben existieren auch in mehreren Bundesstaaten Gesetze zum Verbot von Kulturen und Kultaktivitäten. In einigen Regionen werden „Anti Cultism“-Polizeieinheiten unterhalten.

Nach Einschätzung von Beobachterinnen und Beobachtern hat das Phänomen in jüngerer Zeit insbesondere in der Metropole Lagos an Bedeutung gewonnen. So seien beispielsweise am 30.06.23 mehrere Personen festgenommen worden, bei denen es sich um Mitglieder einer als Kesari-Bruderschaft bekannten und mit Kult-Kriminalität in Verbindung gebrachten Gruppe handeln soll. Kultisten zugeschriebene Gräueltaten seien weiterhin keine Seltenheit. Zuletzt sollen Kultgruppen beim Anwerben neuer Mitglieder relativ erfolgreich gewesen sein. Bei den rekrutierten Personen handle es sich meist um junge Erwachsene verschiedenster Bildungshintergründe und Berufe. Nach Angaben eines Polizeisprechers vom 10.08.23 vereitelte ein Polizeikommando des Bundesstaates Lagos kürzlich die Aufnahme von neun männlichen Minderjährigen im Alter zwischen neun und 14 Jahren in eine Kultgruppe.

## **Pakistan**

### **Nationalversammlung aufgelöst; Bildung einer Übergangsregierung**

Am 09.08.23 löste Präsident Arif Alvi die Nationalversammlung wie erwartet auf (vgl. BN v. 07.08.23). Senator Anwar ul-Haq Kakar von der Balochistan Awami Party (BAP) soll Premierminister der Übergangsregierung bis zu den voraussichtlich im November 2023 stattfindenden landesweiten Neuwahlen werden.

### **Ahmadiyya-Gemeinschaft berichtet von Angriffen auf Gemeindehäuser**

In einer Pressemitteilung vom 30.07.23 berichtet die Ahmadiyya-Gemeinschaft über Angriffe auf mehrere ihrer Gemeindehäuser in Pakistan. Von Januar bis Juli 2023 haben sich elf Vorfälle ereignet, bei denen Minarette zerstört, Brandanschläge verübt und Schüsse abgegeben worden waren.

### **Anschläge in Belutschistan**

Am 07.08.23 wurde das Fahrzeug eines Regionalpolitikers von einer am Straßenrand platzierten Bombe im Distrikt Kech in der Provinz Belutschistan erfasst. Das Mitglied der Balochistan Awami Party (BAP) sowie sechs weitere Fahrzeuginsassen wurden getötet. Zum Anschlag bekannte sich niemand. In der Provinz sind neben radikalislamischen Gruppierungen auch bewaffnete belutschische Separatisten aktiv.

Am 13.08.23 töteten Sicherheitskräfte zwei Mitglieder der separatistischen Balochistan Liberation Army (BLA), die zuvor einen Anschlag auf Fahrzeuge chinesischer Ingenieure in der südlichen Hafenstadt Gwadar, bei dem niemand verletzt wurde, verübt hatten.

### **Anschlag in Khyber Pakhtunkhwa**

Am 07.08.23 erfasste im zur Provinz Khyber Pakhtunkhwa gehörenden Stammesdistrikt Nord-Waziristan die offenbar ungeplante vorzeitige Explosion eines mutmaßlich für ein Selbstmordattentat mit Sprengstoff beladenen Fahrzeugs das Auto eines infolgedessen getöteten Ehepaares.

## **Palästinensische Autonomiegebiete / Israel**

### **Drei Tote bei Militäreinsatz nahe Jenin**

Am 06.08.23 wurden drei Palästinenser im nördlichen Westjordanland von israelischen Soldaten erschossen. Die israelische Armee erklärte, sie habe die Männer in der Nähe des Flüchtlingslagers Jenin getötet, wo im vergangenen Monat eine groß angelegte Militäroperation stattgefunden hatte. Die Männer hätten demnach geplant, einen Anschlag zu begehen. In ihrem Fahrzeug sei ein M-16-Gewehr sichergestellt worden.



Die militanten Gruppen Hamas und Islamischer Dschihad verurteilten die Tötungen. Es wurde nicht bekannt, ob die drei Männer zu einer der beiden Organisationen gehörten. Das israelische Militär identifizierte einen der Getöteten als Naif Abu Tsuik und bezeichnete ihn als einen „führenden Militärangehörigen“ aus dem Lager.

#### **Israel: Hausarrest für Mordverdächtigen im Fall Qusai Matan**

Ein jüdischer Siedler, der verdächtigt wird, an der Ermordung eines 19-jährigen Palästinensers im Westjordanland vergangene Woche beteiligt gewesen zu sein (vgl. BN v. 07.08.23), wurde am 09.08.23 aus der Haft entlassen und in den Hausarrest überführt, wie ein Gericht in Jerusalem mitteilte.

Der Richter erklärte, es gebe nicht genügend Beweise, um die Haft des Tatverdächtigen zu verlängern. Das Gericht ordnete außerdem an, dass ein zweiter jüdischer Siedler, der beschuldigt wird, den 19-jährigen Palästinenser Qusai Matan erschossen zu haben, in Haft bleibt, während er wegen seiner Wunden, die er bei dem Angriff auf das palästinensische Dorf Burqa am 04.08.23 erlitten hatte, im Krankenhaus behandelt wird.

#### **Ein Toter bei Militäreinsatz in Zawata**

Am 10.08.23 wurde ein militanter Palästinenser im besetzten Westjordanland von israelischen Sicherheitskräften erschossen. Mit diesem Todesfall steigt die Zahl der in diesem Jahr im Westjordanland getöteten Palästinenser auf 168, wie eine internationale Nachrichtenagentur berichtete.

Der Vorfall ereignete sich inmitten anhaltender israelischer Razzien im Westjordanland. Wie das palästinensische Gesundheitsministerium mitteilte, töteten israelische Truppen den 27-Jährigen in der Stadt Zawata im Westjordanland, nördlich der Stadt Nablus. Die Gegend ist ein Brennpunkt für Kämpfe zwischen israelischen Streitkräften und Palästinensern.

Nach Angaben des israelischen Militärs eröffnete ein Bewaffneter das Feuer auf Soldaten, die in der Gegend von Nablus operierten, woraufhin diese zurückschossen. Bei palästinensischen Angriffen auf Israelis sind in diesem Jahr bereits mindestens 27 Menschen ums Leben gekommen. Die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigade, ein bewaffneter Ableger der Fatah-Partei, erklärte später, dass das Opfer ein Mitglied gewesen sei. Das israelische Militär dringt annähernd jede Nacht in Gebiete unter der Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde ein, um nach eigenen Angaben militante Netzwerke zu zerschlagen und künftige Anschläge zu verhindern. Die Razzien lösten im Westjordanland die schwersten Kämpfe seit etwa zwei Jahrzehnten aus, die eine hohe Zahl von Todesopfern forderten.

## **Senegal**

#### **Hungerstreikender Journalist vorläufig frei; andere Journalistin weiterhin in Haft**

Nach Medienberichten ist der zuletzt aufgrund neuer Anklageerhebung abermals in Untersuchungshaft genommene Journalist Pape Alé Niang am 08.08.23 vorläufig freigelassen worden (vgl. BN v. 07.08.23). Niang habe mit einem zehntägigen Hungerstreik gegen seine erneute Inhaftierung protestiert und sei zuletzt in ein Krankenhaus verlegt worden. Er sei wegen der Kommentierung der jüngsten Festnahme von Oppositionsführer Ousmane Sonko festgenommen und u.a. unter dem Vorwurf des Aufrufes zum Aufstand angeklagt worden. Der senegalesische Justizminister erklärte am 07.08.23, dass die Strafverfolgung Niangs nicht im Zusammenhang mit journalistischen, sondern subversiven Aktivitäten steht. Er bezeichnete Niang als Wiederholungstäter. Journalisten- und Medienorganisationen forderten, alle Anklagen gegen Niang fallen zu lassen. Zugleich forderte das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) wie zuvor bereits die Koalition für Frauen im Journalismus (CFWIJ) die Freilassung der nicht mit Niang verwandten Journalistin Ndèye Maty Niang. Die für das investigative Nachrichtenportal Kéwoulo tätige Journalistin sei wegen Aufrufes zum Aufstand und u.a. weiterer Straftaten gegen die öffentliche Sicherheit angeklagt worden. Sie befände sich seit ihrer Festnahme am 16.05.23 in Haft. Laut dem Direktor von Kéwoulo steht die Inhaftierung Maty Niangs in Verbindung mit ihrer regierungskritischen Berichterstattung und ihren Beiträgen in den sozialen Medien.

#### **Wiederholte Einschränkungen der größten parlamentarischen Oppositionskoalition**

Laut Medienangaben hinderten Polizeikräfte die parlamentarische Oppositionskoalition Yewwi Askan Wi (YAW) um Sonko am 09.08.23 abermals daran, eine Pressekonferenz am Parteisitz einer ihrer Mitgliederparteien abzuhalten. Polizeikräfte hätten den Abgeordneten den Zugang zum Gebäude der Parti de l'unité et du

rassemblement (PUR) verweigert. Bereits in der Woche zuvor (vgl. BN v. 07.08.23) und am 24.06.23 hätten Polizeikräfte auf diese Weise geplante YAW-Presskonferenzen verhindert. Zudem hätte der Präfekt von Dakar zuletzt immer wieder Demonstrationen untersagt, zu denen YAW und auch die heterogene Oppositionsbewegung Mouvement des forces vives du Sénégal (F24), aufgerufen hatten (vgl. BN v. 26.06. u. 24.07.23).

#### **PASTEY-Anhängerinnen und Anhänger festgenommen; Protestierende getötet**

Medienangaben zufolge wurden am 08.08.23 in Dakar 26 und in Ziguinchor 35 Anhängerinnen und Anhänger der Partei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEY) festgenommen. Den Festgenommenen werden diverse Delikte zur Last gelegt. In Pikine sollen zudem mehrere Parteimitglieder von PASTEY festgenommen worden sein. Weitere Informationen liegen jeweils nicht vor. Am 31.07.2023 wurde Sonko in Untersuchungshaft genommen und seine Partei PASTEY von der Regierung verboten, was erneut Proteste und Unruhen mit mindestens vier Toten auslöste (vgl. BN v. 07.08.23). Medienberichten zufolge beweisen inzwischen Autopsie-Ergebnisse, dass drei Protestierende in Ziguinchor durch scharfe Munition getötet wurden. Die Behörden hätten Ermittlungen eingeleitet, um die Täter ausfindig zu machen.

## **Sierra Leone**

#### **Vereitelter Aufstand: weitere Entwicklungen**

Nachdem zuletzt mehrere Personen wegen des Verdachts der Vorbereitung eines gewalttätigen Aufstands festgenommen wurden (vgl. BN v. 07.08.23), bestätigte der sierra-leonische Polizeichef (IGP) am 08.08.23, dass gegen 14 Armeeingehörige, drei Polizeibedienstete und zwei Zivilpersonen Ermittlungsverfahren wegen Subversion eingeleitet wurden. Es seien u.a. acht Militärgehörige mit diversen Offiziersdienst- und sechs weitere mit Unteroffiziersdienstgraden festgenommen worden. Zudem seien fünf weitere Militär- und drei Polizeiangehörige zur nationalen Fahndung ausgeschrieben und Interpol um Hilfe ersucht worden. Laut IGP konnten durch die Festnahmen mehrere gewalttätige Anschläge zum Jahrestag der tödlichen Unruhen von August 2022 (vgl. BN v. 03.07.23) verhindert werden. Die Lage sei weiterhin unter vollständiger Kontrolle und die Behörden hätten landesweit die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt.

Der liberianische Informationsminister bestätigte bereits am 07.08.23 gegenüber der Nachrichtenagentur Agence France-Presse, dass ein aus dem Dienst entfernter, hochrangiger sierra-leonischer Polizist auf Ersuchen Sierra-Leones in Liberia festgenommen wurde. Die Festnahme stünde im Zusammenhang mit Plänen zur Untergrabung des Friedens und zur Auslösung von Gewalt gegen die Bevölkerung in Sierra Leone. Aus einem liberianischen Medienbericht folgte, dass der Festgenommene zu mehreren Polizeibediensteten gehören würde, die 2020 aus dem Dienst entfernt wurden, während andere in den Ruhestand versetzt worden seien. Es stehe der Verdacht im Raum, dass die Entlassungsentscheidung ausschließlich an die ethnische Zugehörigkeit der Betroffenen anknüpft. Der Medienbericht enthielt keine Informationen zur Volkszugehörigkeit der aus dem Dienst entfernten Personen.

## **Somalia**

#### **Mehrere Anschläge mit Todesopfern und Verletzten**

Am 09.08.23 wurden offiziellen Angaben zufolge bei der Explosion einer unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtung (IED) in der Region Lower Shabelle sechs Menschen getötet und zwölf weitere verletzt. Bei den Opfern handelt es sich um Zivilpersonen, die mit einem Kleinbus zwischen Marka und Qoryoley unterwegs waren. Bei einem Selbstmordanschlag am 10.08.23 auf einem öffentlichen Platz in der Stadt Jalalaqsi (Region Hiraa) wurden mindestens fünf Menschen, darunter zwei Sicherheitskräfte und drei Zivilpersonen, getötet und vier weitere verletzt. Ziel des Angriffs soll der Bezirkskommissar gewesen sein, dessen Leibwächter einen Schuss auf den Angreifer abfeuerte, bevor die Bombe explodierte. Al-Shabaab bekannte sich zu dem Anschlag.

Am 10.08.23 wurden sechs Mitglieder der Nationalarmee getötet und mehrere Personen verletzt, darunter auch Zivilpersonen, als eine IED-Explosion am Straßenrand ihr Fahrzeug in Mogadischu traf.

## Sudan

### Anhaltende Kämpfe

Seit dem 07.08.23 intensiviert die sudanesische Armee (SAF) ihr militärisches Vorgehen im größeren Stadtgebiet von Khartum (inkl. Bahri und Omdurman), um zuvor an die Rapid Support Forces (RSF) verlorene Gebiete zurückzuerobern. Im Verlauf dieser Offensive entwickelten sich Medienberichten zufolge die heftigsten Kämpfe, die seit April 2023 aus der Schwesterstadt Omdurman gemeldet wurden. Allein die Kämpfe am 08.08.23 hätten über 20 zivile Opfer gefordert. Im Fokus der SAF steht neben Gebietsgewinnen auch eine Brücke, die als wichtige Versorgungsrouten der RSF von Omdurman kommend nach Bahri und Khartum gilt. Obwohl beide Akteure immer wieder militärische Erfolge melden, sprechen Medienberichte weiterhin von einer Pattsituation, die keine Schlüsse auf einen militärischen Sieg eines der beiden Akteure zulasse.

### Humanitäre Lage

Schwere Regenfälle im Norden des Landes haben zu Überschwemmungen geführt, wodurch mehr als 450 Häuser zerstört wurden. Zudem wird befürchtet, dass aufgrund kriegsbedingter Umstände sowie durch Überschwemmungen und Hochwasser das Risiko aufkommender übertragbarer Krankheiten schnell steigt. Die WHO meldete bereits erste Ausbrüche von Masern und Cholera in Teilen des Sudan.

## Syrien

### Öffnung von Grenzübergängen in Oppositionsgebiete verlängert

Am 08.08.23 gaben die UN bekannt, dass die Regierung in Damaskus die Erlaubnis, von den Opposition gehaltenen Gebieten im Nordwesten des Landes über zwei Checkpoints mit humanitärer Hilfe zu versorgen, um drei Monate verlängert worden sei.

### Kampfhandlungen und Anschläge

Am 09.08.23 starben ein Reporter und drei Soldaten durch eine Straßensmine im Gouvernement Daraa.

Am 11.08.23 kam es zu einem Überfall des IS auf einen Truppentransport der syrischen Armee. Mindestens 20 syrische Soldaten fielen bei dem Gefecht, mindestens zehn wurden verwundet. Über Verluste des IS gab es keine Angaben.

## Türkei

### Explosion von Getreidesilos

Am 07.08.23 sind bei einer Explosion von Getreidesilos in der Nähe des Hafens von Derince in der Westtürkei laut staatlichen Medien mindestens zwölf Menschen verletzt worden, drei der Verletzten sollen sich im kritischen Zustand befinden. Die Polizei erklärte, sie habe eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet.

Die türkischen Behörden erklärten, dass bei dem Vorfall 13 Silos und Nebengebäude beschädigt wurden. Die Ursache der Explosion ist ungeklärt, soll aber nach Vermutungen der Behörden auf eine Staubkompression zurückzuführen sein.

### Deutsche Bundestagsabgeordnete vorübergehend festgenommen

Die Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut (Die Linke) teilte am 13.08.23 mit, dass sie am 03.08.23 bei der Einreise in die Türkei aufgrund von Beiträgen in den sozialen Medien, die sie 2019 veröffentlicht hatte, festgenommen worden sei.

Die Staatsanwaltschaft von Kayseri in der Zentraltürkei hatte gegen Akbulut einen Haftbefehl wegen mutmaßlicher „Terrorpropaganda“ erlassen und sie am 03.08.23 auf dem Flughafen von Antalya für mehrere Stunden festgehalten. Akbulut wurde freigelassen, nachdem sie Kontakt mit dem Auswärtigen Amt aufgenommen hatte. Die türkischen Behörden äußerten sich bisher nicht zu dem Vorfall.

## Ukraine

### Haftstrafe für UPC-Metropolitanen

Metropolit Ionafan der Diözese von Tultschyn und Brazlaw der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (ukr. Ukraïns'ka pravoslavna cerkva; UPC) wurde von einem Gericht in der Stadt Winnyzja am 07.08.23 zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Laut einem Agenturbericht wurde ihm vorgeworfen, die russische Aggression zu rechtfertigen. Konkret wurde Ionafan des Aufrufs zur Verletzung der territorialen Integrität, der Handlungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie der vorsätzlichen Verletzung der gleichen Rechte der Bürger für schuldig befunden. Die Diözese erklärte, Berufung eingelegt zu haben. Im Mai 2023 war erstmals über eine Verurteilung eines UPC-Metropolitanen berichtet worden; diese betraf den Leiter der Diözese im Gebiet Kirowohrad (vgl. BN v. 15.05.23).

### Druck zur Annahme der russischen Staatsangehörigkeit

Laut einem Medienbericht, der sich auf einen O-Ton des von der russischen Seite eingesetzten Bürgermeisters des Orts Lasurne im besetzten Teil der Region Cherson in sozialen Medien beruft, drohte dieser jenen Personen, die nicht die russische Staatsangehörigkeit annehmen. Sie würden keine Medizin erhalten, auch werde kein Insulin ausgegeben. Auch die Verteilung von humanitären Hilfsgütern werde von der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht.

### Öffnung von Grenzübergang zur Russischen Föderation

Die Ukraine hat am 05.08.23 nach eigenen Angaben einen Grenzübergang zwischen dem Gebiet Sumy und der russischen Region Belgorod für rückkehrende ukrainische Geflüchtete geöffnet, berichteten Medien am 09.08.23. Außerdem sei eine Anlaufstelle eingerichtet worden, die Vertriebenen eine Weiterreise nach Kiew oder Charkiw ermögliche. Zuvor hätten Rückkehrwillige Umwege über EU-Staaten oder Georgien nehmen müssen.

### Entwicklung des Kriegsgeschehens

Bei zwei russischen Raketenangriffen im Abstand von 40 Minuten auf die Stadt Pokrowsk (Oblast Donezk) sind am 07.08.23 neueren Zahlen ukrainischer Behörden zufolge neun Menschen getötet und rd. 90 verletzt worden. Unter den Opfern sollen auch Helfende sein, die nach dem ersten Angriff vor Ort waren. Am 09.08.23 meldete der von der Russischen Föderation eingesetzte Bürgermeister von Donezk drei Tote und zehn Verletzte in Folge von ukrainischem Bombardement, das u.a. ein Krankenhaus getroffen habe. Am 11.08.23 traf eine russische Rakete ein Hotel in Saporischschja, das u.a. von Mitarbeitenden der UN genutzt werde; eine Person kam ums Leben. Von einem russischen Angriff auf Saporischschja mit drei toten Zivilpersonen war bereits am 10.08.23 berichtet worden. Am selben Tag wurden ukrainischen Angaben zufolge mindestens sechs Personen verletzt, als russischer Beschuss eine Ausgabe von humanitären Gütern in der Region Cherson traf. Schon am 05.08.23 war nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kupjansk (Oblast Charkiw) ein Zentrum für Bluttransfusionen bombardiert worden. Es gab Berichte über Tote und Verletzte. Ein Kind wurde getötet, als russische Überschallraketen in der westukrainischen Region Iwano-Frankiwsk einschlugen, hieß es am 11.08.23.

Von den Frontlinien im Osten und Süden des Landes wird von andauernden heftigen Gefechten berichtet. Ein Vorankommen der russischen Streitkräfte habe es bei Kupjansk und Swatowe (Oblast Charkiw bzw. Luhansk) gegeben, während die ukrainische Seite etwa Teilerfolge bei Staromajorske und Bachmut (Oblast Donezk) vermeldete. Ukrainische Behörden ordneten die Evakuierung von 37 Ortschaften um Kupjansk an. Diese geht Medienberichten zufolge nur langsam voran. Am 12.08.23 hätten sich in Kupjansk selbst noch 12.000 Personen befunden.

## Zentralafrikanische Republik

### Referendum: Neue Verfassung angenommen

Im Verfassungsreferendum vom 30.07.23 (vgl. BN v. 24.07.23) stimmten nach vorläufigen, offiziellen Zahlen über 95 % der Abstimmenden für den neuen Text, welcher somit die aktuelle Verfassung von 2016 ablösen wird. Wie die nationale Wahlbehörde am 07.08.23 weiter mitteilte, betrug die Beteiligung der Bevölkerung rd. 61 %. Oppositionsparteien und zivilgesellschaftliche Gruppen, die zum Boykott des Referendums aufgerufen hatten,

zogen die hohe Beteiligung in Zweifel; von nur geschätzten 10 % bis höchstens 15 % war die Rede. Sie sprechen von einem „Verfassungscoup“.

Wie Medien weiter berichten, unterlagen Zahl und Dauer der Präsidentschaftsmandate in der aktuellen Verfassung einer Unveränderlichkeitsklausel. Die neue Verfassung wird Faustin-Archange Touadéra erlauben, nach dem Ende seiner aktuellen zweiten Amtszeit erneut für das Amt des Staatsoberhauptes, nach bislang fünf nun für sieben Jahre, zu kandidieren. Nur wenige Tage vor dem Referendum war der Verfassungstext noch einmal mit Blick auf das dort eingeführte Konzept der ursprünglichen zentralafrikanischen Nationalität („Centrafricain d’origine“) und entsprechender Anforderungen an Personen, die für das Präsidentenamt kandidieren können, geändert worden. An dem Konzept, welches an jenes der „Ivoirité“ in Côte d’Ivoire erinnert (vgl. BN v. 07.08.23), war kritisiert worden, es werde zahlreiche Angehörige muslimischer Gemeinschaften ausschließen. Der ursprüngliche Entwurf der Verfassung war der Öffentlichkeit erst am 10.07.23 präsentiert worden. Angekündigt hatte Touadéra das Referendum bereits am 30.05.23. Verschoben wurden im Gegenzug die bereits mehrmals verschobenen und zuletzt für den 16.07.23 angesetzten Lokalwahlen. Eine weitere Änderung der neuen Verfassung betrifft die Berufung der Verfassungsrichterinnen und -richter. Das Verfassungsgericht hatte sich unter seiner ehemaligen Präsidentin einer Initiative zur Verfassungsrevision entgegengestellt (vgl. BN v. 31.10.22).

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**